

Prof. Dr. Florian Schui, Universität St. Gallen

Vortrag beim Dies Academicus der Universität Hamburg am 1. November 2017

Bildung im Zeitalter der Sparpolitik

Ich möchte heute darüber sprechen, was Bildung eigentlich ist und welche Bedeutung sie hat, vor allem aber über die Frage, in welchem Umfang Bildungsideale in Zeiten der Sparpolitik überhaupt noch zu verwirklichen sind.

Ganz unoriginell werde ich dazu mit Wilhelm von Humboldt beginnen, der die Vorstellungen über Bildung in Deutschland aber auch darüber hinaus durch seine Überlegungen im frühen 19. Jahrhundert entscheidend geprägt hat.

Für ihn war Bildung ein lebenslanger Prozess vielfältiger Erfahrungen und Selbstbestimmtheit, der es dem Menschen erlaubt, sich voll zu entwickeln und seine Talente, aber auch seine Emotionen zur vollen Geltung zu bringen. Wenn man sich einmal von religiösen Traditionen gelöst hat, so wie das bei Humboldt der Fall war, dann ist diese Bildung das, was einem noch bleibt, um der menschlichen Existenz aus eigener Kraft einen Sinn zu geben: Nämlich das Erreichen des vollen Potentials der Menschen und der Menschheit.

Für Humboldt ist Bildung ein lebenslanger Prozess, der in ganz unterschiedlichen Umständen und Bereichen stattfinden kann und eben nicht nur in Bildungseinrichtungen wie Schulen oder Universitäten. Wenn man sich Humboldts eigenes Leben anschaut, dann beinhaltet dieser Bildungsprozess eine Schulbildung durch Hauslehrer, ein Jura-Studium in dem er jedoch auch Veranstaltungen in Philosophie und Physik mit Interesse folgte, Reisen in das revolutionäre Paris, um die dortigen Ereignisse zu beobachten, archäologische Arbeit in Rom, Studien über die baskische Sprache bei einer Reise ins Baskenland, Tätigkeiten im preußischen Staatsdienst als Botschafter und als Leiter der „Sektion des Kultus und des öffentlichen Unterrichts“ und schließlich

auch noch seine Arbeit als Verwalter seiner Familiengüter und seine Rolle als Familienvater.

Darüber hinaus zieht sich die Kultivierung verschiedener Formen von Geselligkeit und Freundschaft wie ein roter Faden durch sein Leben und war auch ein wichtiger Bestandteil seiner Vorstellung von Bildung. Dazu gehört der Austausch mit großen Geistern wie Schiller oder Goethe, aber eben auch der Aufbau von Freundes- und Bekanntenkreisen und die Pflege eines offenen, geselligen Hauses in seinen Verschiedenen Wohnorten von Rom, über Paris und Wien bis nach Berlin.

Unter den sinnlichen Erfahrungen und zwischenmenschlichen Beziehungen, die für Humboldt eine wichtige Rolle im Bildungsprozess spielten, hatte für Humboldt durchaus auch die Sexualität einen besonders wichtigen Stellenwert. Seine Biographie liest sich wie eine preußische Version von Casanovas „Histoire de ma vie“. Man sollte hier vielleicht der Vollständigkeit halber erwähnen, dass er seiner Frau Caroline von Dachröden die gleichen Freiheiten einräumte, sodass beide eine gleichberechtigte, offene und glückliche Ehe führten. Die Marmorbüste Humboldts, die vielen bekannt sein dürfte, ist übrigens von dem Bildhauer Bertel Thorvaldsen geschaffen worden, einem der Liebhaber seiner Frau.

Humboldts gelebte Bildungsideale spiegeln weitgehend die Maximen Aristoteles' für das „gute Leben“ wieder: die Kultivierung von Freundschaften und die Muße im Sinne von Tätigkeiten, denen man aus wahren Interesse nachgeht. Man findet ganz ähnliche Ideale auch später in Marx' Beschreibung der idealen Gesellschaft im Kommunismus, in dem nämlich diese Möglichkeit vielfältigen Aktivitäten und Interessen nachzugehen, nicht mehr nur das Vorrecht der privilegierten Humboldts einer Gesellschaft sein sollte, sondern eine Möglichkeit für alle. Die kommunistische Gesellschaft sollte es in der Zukunft allen ermöglichen „heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe,

ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie)

Es ist also wichtig zu sehen, dass Bildung für Humboldt viel mehr war als nur Schul- oder Hochschulbildung. Aber dennoch war für ihn als Ort der Bildung neben den Betten und Lotterbetten Preußens und Europas eben auch eine eigens für den Zweck der Bildung geschaffene Einrichtungen von großer Bedeutung. Humboldts prägende, wenn auch kurze Rolle beim Aufbau des preußischen Bildungssystems in der Phase des Wiederaufbaus nach der Niederlage gegen Napoleon, ist hinlänglich bekannt.

Für die von ihm gegründete Universität, die dann später seinen Namen tragen sollte, formulierte er vor allem zwei grundlegende Prinzipien, durch die sie zur Bildung beitragen sollte: Das erste sollte das gemeinsame und möglichst freie Streben nach neuem Wissen durch Studierende und Hochschullehrer sein, das zweite die vollkommene Unabhängigkeit der Hochschullehrer in ihrer Arbeit.

Von beiden wichtigen Zielen entfernen wir uns heute im Hochschulalltag vielfach. Und das hat viel mit der mangelnden finanziellen Ausstattung der Hochschulen zu tun. Es hat aber auch – und das soll auch nicht verschwiegen werden – viel mit Strukturproblemen an den Hochschulen zu tun.

Wir entfernen uns vom Ziel eines selbstbestimmten Lernens im kritischen Dialog zwischen Studierenden und Hochschullehrern immer weiter, weil knappe Mittel übergroße Seminargruppen bedeuten, die einen solchen Dialog unmöglich machen und eine individuelle Betreuung von immer mehr Studierenden durch immer weniger Hochschullehrer kaum mehr möglich ist. Auch Experimente mit Studiengebühren und inadäquate Fördermöglichkeiten für Studierende spielen hier eine Rolle.

Aber Strukturprobleme spielen eben auch eine Rolle, weil Studienreformen einen offenen selbstbestimmten Weg durch das Studium immer schwerer machen und stattdessen einen engen Pfad vorsehen, der durch Module und

zentrale Vorgaben geprägt ist und statt Bildung eigentlich die „Befüllung“ der Studierenden mit „Skills“ zum Ziel hat. Ein längerer Auslandsaufenthalt zur Beobachtung einer politischen Krise, wie es Humboldt mit seiner Reise nach Paris vorgemacht hat (heute wäre vielleicht eine Reise nach Barcelona oder nach Großbritannien lohnend) oder das Hören von Physikvorlesungen als Teil eines Jurastudiums, wie bei Humboldt, gehören heute für viele eher in den Bereich des Utopischen.

Eine so eng gedachte „Ausbildung“ ist aber echter Bildung in jedem Fall unterlegen. Als Berufsvorbereitung vor allem deswegen, weil heute überhaupt nicht klar ist, welche „Skills“ in der Zukunft gefragt sein werden. Denken Sie daran, dass ein sehr großer Teil derjenigen, die heute in Unternehmen und Gesellschaft Verantwortung tragen, zu einer Zeit an der Universität waren, als Computer und Internet allenfalls in den Kinderschuhen steckten. Wenn Sie heute in der Lage sind, damit umzugehen, dann hat das weniger mit den spezifischen Kenntnissen zu tun, die sie damals erworben haben, sondern viel mehr mit der Fähigkeit, sich Kenntnisse anzueignen, sich Neuem zu öffnen und es kritisch zu reflektieren.

Die Fähigkeit zu trainieren, sich einen eigenen Kopf zu machen, ist auch deswegen umso wichtiger, als Bildung eben auch auf die Rolle vorbereitet, die ein mündiger Bürger in einer Demokratie spielt. Gerade in den Zeiten von Fake News, Alternative Facts und um sich greifenden Verschwörungstheorien sowie in einer Zeit, in der auch menschenfeindliche rechtsradikale Ideologien immer mehr Verbreitung finden, braucht es mehr Bildung, die den kritischen Geist fördert, aber auch mehr Herzensbildung, die moralisches und menschliches Handeln fördert.

Auch die andere Humboldt'sche Maxime, die zur Grundlage von Bildung an der Hochschule werden sollte, steht heute mehr denn je unter Druck: die uneingeschränkte Unabhängigkeit der Hochschullehrer. Dabei sind direkte Eingriffe in die Freiheit der Forschung und Lehre glücklicherweise selten. Vielmehr sind hier Strukturmerkmale in Verbindung mit knappen Mitteln

verantwortlich. Denn bevor Forscher im Durchschnitt mit Anfang 40 auf eine Professur berufen werden, wenn sie denn berufen werden, sind sie einem unappetitlichen Gemisch von Prekarität und Klientilismus ausgesetzt, das sich aus dem Lehrstuhl als grundlegender Organisationsform deutscher Hochschulen ergibt. Nichts schleift die Originalität junger Forscher mehr ab, nichts schafft mehr intellektuelle Gleichförmigkeit und Duckmäusertum, als befristete Teilzeitanstellungen, über deren Verlängerungen in wenig transparenten Prozessen entschieden wird, die oft nicht einmal kollegial sondern ganz nach dem Gutdünken einzelner getroffen werden. Vielleicht ist es eben doch kein Zufall (bei allen methodischen Zweifeln, die man an Hochschulrankings haben kann), dass unter den führenden Hochschulen der Welt eben nie eine ist, die die Organisationsform des Lehrstuhls kennt und das gerade britische Universitäten, die eine Festanstellung direkt nach der Promotion vorsehen, in den Top-Tens der Rankings stark überrepräsentiert sind.

Insgesamt sind aber diese Erosionsprozesse der Ideale der Hochschulbildung insofern nur ein kleiner Teil der Probleme, als sie nur diejenigen betreffen, die überhaupt an einer Universität studieren. Diejenigen, denen durch Experimente mit Studiengebühren oder durch mangelnde finanzielle Fördermöglichkeiten ohnehin der Weg an die Hochschule verbaut ist, können weiterhin nur davon träumen, sich mit den eben beschriebenen Problemen herumzuschlagen. Leider gilt in Deutschland weiterhin, dass wer ein Universitätsstudium plant, sich seine Eltern gut aussuchen sollte. In der Bildungspolitik der DDR blieb Akademikerkindern phasenweise der Zugang zum Universitätsstudium durch ausdrückliches Verbot verwehrt, im vereinigten Deutschland passiert in deutlich abgeschwächtem, aber eben doch statistisch signifikantem Umfang, das gleiche. Nur umgekehrt. Mit Freiheit und Chancengleichheit in der Bildung hat weder das eine noch das andere etwas zu tun.

Nun ist aber eben das Besondere an Humboldts Vorstellung von Bildung, dass es sich um einen lebenslangen Prozess handelt, der zum Teil in Bildungsanstalten, aber zum großen Teil auch in ganz anderen Zusammenhängen stattfindet. Deswegen bilden aber auch die Einschränkungen, die sich aus der Sparpolitik für

den Universitätsbetrieb ergeben, nur einen kleinen Teil der negativen Effekte der Sparpolitik auf die Möglichkeit, die Menschen heute in Deutschland und Europa haben, ihre Talente, ihre Persönlichkeit voll zu entwickeln und ihres eigenen Glückes Schmied zu sein.

Humboldt selbst sah vor allem den Staat als Quelle aller Einschränkungen individueller Freiheit und wollte ihn daher möglichst klein im Umfang und begrenzt in seinen Wirkungsmöglichkeiten halten. Das galt für ihn insbesondere auch für das Hochschulwesen. Die von ihm gegründete Berliner Universität sollte nach seinen Vorstellungen ganz ohne staatliche Zuwendungen auskommen und sich stattdessen durch Beiträge aus der „Nation“ und durch eine einmalige Schenkung, eine Art Endowment, finanzieren. In der Praxis sind Humboldts Vorstellungen in dieser Hinsicht nicht verwirklicht worden. Aber angesichts der immer knapperen staatlichen Zuwendungen für deutsche Hochschulen könnte man sich fragen, ob dieses vielleicht der einzige Bereich ist, in dem sich heutige Bildungspolitik tatsächlich an humboldtschen Idealen orientiert.

Das Grundproblem an Humboldts Misstrauen gegenüber einem expandierenden Staat liegt jedoch darin, dass die historische Erfahrung seiner Zeit dieses Misstrauen zwar zu bestätigen schienen, die weitere historische Entwicklung der letzten 200 Jahre den Zusammenhang zwischen dem Umfang der Staatstätigkeit und dem Ausmaß individueller Freiheit jedoch eher relativiert oder gegenüber Humboldts Vorstellungen gleich ganz umkehrt hat.

Dass der Staat der Hauptfeind der individuellen Freiheit wäre, war zu Humboldts Zeiten keine abwegige Vorstellung. Gerade erst hatten Friedrich II. und seine Nachfolger als absolutistische Herrscher in Preußen Versuche unternommen, die Religionsfreiheit stark einzuschränken. Die von Humboldt so geschätzte sexuelle Freizügigkeit war durch eine Reihe von Gesetzen eingeschränkt. Und auch in Angelegenheiten des Konsums und des Wirtschaftens griff der Staat immer wieder ein. Gleichzeitig sah Humboldt in Paris die Anfänge neuer demokratischer Staaten und Humboldt erkannte schnell deren Potential als Vehikel dafür zu dienen, was Tocqueville später die „Tyrannei der Mehrheit“ nannte. Daher seine

Überlegungen, dass es nur eine Möglichkeit geben könnte Individuen und ihre Freiheit vor Staaten mit ihrer Regierungs- und Regelungswut zu schützen, nämlich indem man die Staaten möglichst begrenzt in ihrer Reichweite und so arm und schwach wie möglich hielt.

Ganz ähnliche Überlegungen finden sie dann etwa 150 Jahre später bei einem anderen radikalen Liberalen: Auch Friedrich von Hayek argumentierte, dass nur ein kleiner Staat ein guter Staat sein könne, weil eine ausgedehnte Staatstätigkeit zwar möglicherweise in der kurzen Frist Erfolge erzielen kann, z. B. die ökonomischen und sozialen Effekte einer Wirtschaftskrise abmildern, aber langfristig droht der wachsende Staat, der dem einzelnen immer mehr wirtschaftliche Ressourcen und damit Entscheidungsspielraum abnimmt, auch die Initiative, Kreativität und Eigenverantwortung der Einzelnen zu ersticken. Schneller als gedacht führen wohlmeinende Reformen, die den Staat immer weiter ausbauen, die Gesellschaft auf einen „Weg in die Knechtschaft“. Wie bei Humboldt lässt sich die Sicht des Staates als eines inhärent freiheitsfeindlichem Konstrukts bei einem Autor, der in den 1940er-Jahren unter dem Eindruck diktatorischer Regime verschiedener Couleur in Europa schrieb, durchaus nachvollziehen.

Man muss jedoch auch feststellen, dass sowohl Humboldts wie auch Hayeks Warnung, dass ein größerer Staat notwendigerweise eine Bedrohung für die individuelle Freiheit sei, in der historischen Rückschau fragwürdig erscheint. Gerade Hayek selbst konnte noch die Nachkriegsjahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg erleben, in denen sich eine beispiellose Expansion der Wohlfahrtsstaaten in den westlichen Nationen parallel zu einem erheblichen Zuwachs individueller Freiheiten entwickelte. In diesen Zeitraum fallen zum Beispiel die massive Ausweitung der Bürgerrechte für Afroamerikaner in den USA und von Frauen überall in der westlichen Welt. In Deutschland konnten Frauen nun ohne Erlaubnis ihres Mannes Erwerbsarbeit nachgehen und in der Schweiz bekamen sie schon in den 1970er Jahren das Wahlrecht. Dazu kamen eine Reihe von Bereichen, in denen Individuen sich immer freier und umfangreicher entwickeln konnten und von ihren Potentialen Gebrauch

machten, gerade weil die Staaten dieser Zeit immer mehr Aufgaben angingen. Es wurden umfassende Gesundheitssysteme aufgebaut, ebenso wurde Schul- und Hochschulbildung zugänglicher, wurde durch individuelle Formen der Förderung wie z. B. die GI Bill in den USA, die Tausenden einen Hochschulzugang ermöglichte, aber auch durch Neugründungen von Universitäten und Strukturreformen, wie das in Deutschland und in anderen Ländern in dieser Zeit der Fall war. Dazu wurden in vielen Ländern umfängliche soziale Sicherungssysteme und Gesundheitssysteme aufgebaut. Solche Sicherungssysteme, die vordergründig nichts mit Bildung zu tun haben, ermöglichen aber eben gerade solchen Menschen, die nicht wie Humboldt auf eine Familienvermögen zurückgreifen konnten, einen Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder Ortswechsel oder sich an einem neuen Unternehmen oder anderen Projekt zu versuchen, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Insgesamt schufen staatliche Eingriffe in dieser Zeit für viele Menschen Sicherungsnetze und Lebensumstände, in denen ihnen viel mehr Möglichkeiten offen standen, ihr Leben nach ihren Fähigkeiten und Talenten selbst zu gestalten und vielfältigere Erfahrungen im Leben zu machen als unter den schlanken Staaten die zuvor existierten.

Finanziert wurde diese beispiellose Expansion staatlicher Tätigkeit durch Steuern, die gerade bei hohen Einkommen heute utopisch wirkende Spitzensteuersätze von 80 oder gar 90 Prozent erreichen konnten. Auch die Besteuerung von Unternehmensgewinnen war gegenüber den heutigen Niveaus deutlich höher. Bemerkenswert ist nun dabei vor allem, dass diese steuerfinanzierte Expansion des Staates nicht nur zu größeren Bildungschancen für die Masse der Bevölkerung führte, sondern auch mit seither nicht wieder erreichten hohen Niveaus wirtschaftlichem Wachstum einherging.

Es fehlt hier die Zeit, die theoretischen Zusammenhänge zu beleuchten, die zu diesem Zusammenhang von hohen Steuern und starkem Wachstum führen. (Wenn Sie das Thema interessiert, dann setzen sie sich doch ganz à la Humboldt einfach mal in ein volkswirtschaftliche Vorlesung. Allerdings müssen sie sich den Dozenten gut aussuchen. Denn wie Wolfgang Münchau einmal in der Financial

Times anmerkte, gibt es in Deutschland zwei Typen von Ökonomen: die einen, die Keynes nicht gelesen haben und die anderen die Keynes nicht verstanden haben. Es gibt aber natürlich auch noch andere.) Der empirische Befund ist in jedem Fall eindeutig: Der starke und wachsende Appetit des Steuerstaats hat in den Nachkriegsjahrzehnten mehr gelebte Individualität und damit Humboldt'sche Bildung möglich gemacht, ohne dabei ökonomische Prosperität unmöglich zu machen.

Trotz dieser historischen Realität, für die es viele andere Beispiele gibt, gehören beide Vorstellungen – dass wachsende staatliche Aktivität die individuelle Freiheit und Initiative einschränkt und dass die wirtschaftliche Entwicklung unter einer zu großen Steuerlast leiden würde – immer wieder zum Inventar politischer Debatten und leider oft genug zu den Leitgedanken politischer Strömungen, denen ein ausgeglichener Haushalt und Steuersenkungen für Wenige wichtiger sind, als die Bildungsmöglichkeiten der Vielen.

Gerade in den letzten Jahren seit der Finanzkrise von 2008, sind die verheerenden Auswirkungen der Sparpolitik für die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Menschen überall in Europa deutlich geworden. Dadurch dass die europäischen Regelwerke den europäischen Krisenländern eine harte Austeritätspolitik aufzwingen und dadurch dass auch solche Länder wie Deutschland und Großbritannien, die durchaus mehr finanzpolitischen Spielraum hatten, sich selbst eine rigide Ausgabendisziplin auferlegten, ist diese Krise tiefer und vor allem länger geworden als sie es hätte sein müssen. Auch hier fehlt mir die Zeit, auf theoretischer Grundlage darzulegen, warum eine erhöhte Schuldenaufnahme in der Krisensituation auch ökonomisch sinnvoll gewesen wäre. Stattdessen möchte ich nur darauf hinweisen, dass die Verteufung von Schulden im krassen Gegensatz zur wirtschaftshistorischen Erfahrung steht. Der heutige Wohlstand der westlichen Welt, die dynamische ökonomische Entwicklung der letzten 200 Jahre seit der Industrialisierung, wären ohne ein funktionierendes Finanzwesen, d. h. ohne Kredite und damit Schulden, gar nicht möglich gewesen. Private Haushalte und Unternehmen verschulden sich regelmäßig und benötigen diese Möglichkeit zu ihrer

Entwicklung. Es wäre ganz unsinnig, einer jungen Familie den Kredit zum Hausbau oder einem Unternehmen die eine kreditfinanzierte Investition zu verwehren, indem man von ihnen forderte, zu jeder Zeit einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und Schuldenabbau jederzeit zu ihrer Priorität zu machen. Nur beim Staat gilt das Einigen als der ökonomischen Weisheit letzter Schluss.

Die Auswirkungen dieses schlechten Krisenmanagements auf die Lebens- und Bildungschancen vor allem jüngerer Europäer waren und sind verheerend. In den am stärksten betroffenen Ländern wie Griechenland sehen wir sogar sinkende Lebenserwartungen. Aber auch wenn man von solchen extremen Entwicklungen absieht, sind viele Menschen in den Krisenländern durch Arbeitslosigkeit und schwindende soziale Absicherungen zusehends daran gehindert, sich einen Lebensentwurf zu schaffen, der ihren Talenten und Interessen entspricht. Und zwar nicht in dem Sinne, dass sie nicht stets ihren Traumjob am Traumort finden, sondern dass sie überhaupt eine Anstellung an irgendeinem Ort finden, die es ihnen ermöglicht, sich eine eigene Existenz aufzubauen, wenn sie es möchten eine Familie zu gründen und in irgendeiner Form für die Zeit nach der Erwerbstätigkeit Vorsorge zu treffen. Von der Fähigkeit, in der Freizeit Hobbys und Interessen nachzugehen, ganz zu schweigen.

Um solche negativen Effekte der Sparpolitik zu beobachten, muss man übrigens nicht ins ferne Griechenland blicken. Die Hartz-IV-Reformen, die Entwicklung eines wachsenden Niedriglohnssektors, die Herausbildung ganzer Landstriche in Deutschland, die mit ihren ökonomischen Strukturproblemen alleine gelassen werden, bedeuten, dass es auch in Deutschland genügend Menschen gibt, deren Möglichkeiten, ihr eigenes Leben zu gestalten, stark eingeschränkt wurden.

Menschen, die solche Erfahrungen machen, finden es zunehmend schwer, mit der Europäischen Union das Versprechen von Frieden, Prosperität und Freiheit zu verbinden, das einmal den Leitgedanken dieser Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg darstellte. Stattdessen stellt sich die EU immer wieder als eine Einrichtung dar, die mit ihrer sparpolitischen Dogmen eine Bedrohung für die

individuelle Freiheit und die Entfaltungsmöglichkeiten vieler Europäer geworden ist. Es ist eben auch kein Zufall, dass rechtsextreme und europafeindliche Parteien in Deutschland und anderswo gerade dort viel Zulauf haben, wo die Sparpolitik die Arbeitslosigkeit nach oben und die Lebensqualität nach unten getrieben hat. Dass es auch andere politische Strömungen gibt, die dem Rechtsextremismus Auftrieb geben, sollte von dem gut dokumentierten Zusammenhang mit der ökonomischen Lage einzelner Regionen nicht ablenken. Dabei muss eben auch beachtet werden, dass die Anhänger der Rechtsextremen nicht notwendigerweise selbst von den ökonomischen Verschlechterungen in ihrer Region persönlich betroffen sind. Wie schon in den 1920er-Jahren ist es oft mehr die kleinbürgerliche Furcht vor der sozialen und ökonomischen Deklassierung, die die politische Radikalisierung am rechten Rand antreibt als die eigentliche Erfahrung der ökonomischen Not.

Die Furcht davor, in eine als instabile Wirtschaftssituation abzugleiten, beflügelt nicht nur Rechtsextreme, sondern auch viele separatistische Bewegungen in Europa. Zumindest dort, wo sich, wie in Norditalien oder Katalonien, wohlhabende Regionen vom restlichen Land abspalten. Die Logik hier ist vielfach die gleiche wie die der rechtsextremen Bewegungen: Anstatt der Sparpolitik ein Ende zu bereiten, wird die Schuld der ökonomischen Probleme beim Fremden, den Migranten oder der entfernten Zentralregierung gesucht.

Hier hat auch das Verhalten Deutschlands im der Finanzkrise einen negatives Vorbild geschaffen. In der Wirtschaftskrise hat Deutschland sich nicht auf die Wiederherstellung gemeinsamer Prosperität in ganz Europa konzentriert, sondern hat eine enge Interessenpolitik verfolgt. Wie Deutschland wollen nun auch andere wohlhabende Regionen Europas die Vorteile der gemeinsamen Marktes für ihre exportstarken Wirtschaften nutzen, ohne europäische Solidarität zu üben. Ein Zerfall Europas ist zu befürchten. Wir sehen im Moment seine Anfänge.

Ein solcher Zerfall Europas, als Ergebnis einer unheiligen Allianz von Spardogmatikern, Rechtsextremen und Unabhängigkeitsbewegungen, würde

eben die gemeinsame Stabilität und Prosperität, die Europa sich in den Nachkriegsjahrzehnten aufgebaut hat, in Gefahr bringen. Damit einhergehen würde eben auch die Verminderung der verschiedenen Bildungsmöglichkeiten, die sich Europäern durch leichtes Reisen und Niederlassungsfreiheit und durch die ehemals fortschrittlichen Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme der europäischen Staaten bieten. Denn das Europa der Nationen, das die Anti-Europäer wollen, wird – entgegen der Versprechung – ein Europa der Sparnationen werden, in denen staatliche Dienste auf das Minimum zurückgefahren werden. Dazu muss man sich nur Wirtschaftsprogramme dieser Parteien anschauen, die ebenso von der radikalen Sparpolitik geprägt sind, wie die Programme vieler Parteien des politischen Mainstreams. Nur wird in diesen neuen Bewegungen noch ein Feindbild als Schuldiger für die Konsequenzen der Sparpolitik mitgeliefert: die Fremden oder das Fremde im Fall der Unabhängigkeitsbewegungen.

Dabei gäbe es genug Gründe, der Sparpolitik ein Ende zu machen. Aufgaben, die es anzupacken gilt, gibt es reichlich; Probleme die der Staat lösen könnte türmen sich an jeder Ecke. Menschen, die schon immer in Deutschland gelebt haben, und Zuwanderer sind gleichermaßen von unzureichend ausgestatteten Kindergärten, Schulen und Universitäten betroffen, von einer Polizei die in vielen Bereichen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen kann, maroder Infrastruktur und Verkehrssystemen und schließlich von Wohnungsmangel in den Großstädten. Durch eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben könnte man diese Probleme lösen. Gleichzeitig hätte ein solcher Nachfrageschub in Deutschland noch Vorteile, die weit über die nationalen Grenzen hinausreichen. Investitions- und Lohnniveau in Deutschland würden steigen und Deutschland würde sich von einem Wachstumsmodell verabschieden, das vor allem auf Exportüberschüssen basiert und durch diese Überschüsse für die weitreichenden ökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum und darüber hinaus verantwortlich ist. Stattdessen könnte man auf ein neues Modell setzen, in dem die Wirtschaft auf der Grundlage heimischer Investitionen und Nachfrage wächst und damit auch als Exportmarkt für die übrigen europäischen Länder zur Verfügung steht.

Gezielte Investitionen in eine die heimische Energie- und Verkehrswende sollten ebenso Teile dieses öffentlichen Investitionsprogramms sein, damit das neue Wachstum eines ist, das auch mit den Zielen des Umweltschutzes zu vereinbaren ist. Denn bei Diskussionen um Wachstum und Umwelt ist immer zu berücksichtigen, dass die Energie- und Emissionsintensität eines Euros an wirtschaftlichem Wachstum ganz erheblich variiert, je nachdem ob er sich aus der Herstellung eines umweltverträglichen Produkts ergibt oder nicht. Ob sie einen Diesel-PKW herstellen oder einen mit Wasserstoff betriebenen Bus, ist für das Wachstum gleichgültig. Für die Umweltverschmutzung nicht.

Wie sehen nun die Chance, dass wir bald eine solche Wende, inklusive reichlicher Finanzierung für die deutschen Hochschulen sehen? Nun ja. Die aktuellen Koalitionsverhandlungen scheinen symptomatisch: Vier Parteien, die recht unterschiedlich sind und die sich bisher nur auf wenig einigen konnten, konnten sich doch auf eines einigen, nämlich auf die „schwarze Null“ als haushaltspolitische Maxime. Nun ist es natürlich so, dass man eine schwarze Null auch bei Ausweitung der öffentlichen Ausgaben erreichen kann, wenn man eine entsprechende höhere Besteuerung einführt, aber das scheint mir nicht der Hintergrund dieser Einigung zu sein. Ist die Lage also hoffnungslos und wird die „schwarze Null“ bis auf Weiteres die Wirtschaftspolitik sein, mit der wir leben müssen?

Hoffnung könnte aus dem Westen kommen. Aus einem Land, von dem man manchmal sagt, dass es etwas schneller durch die Geschichte geht als andere. Das ist einerseits beängstigend, denn dieses Land, Großbritannien, ist eben dabei, die EU zu verlassen und wäre damit Vorbote eines breiteren Trends.

Aber Großbritannien hat sich auch schneller und radikaler als andere Länder auf den Pfad der Austeritätspolitik begeben, ist jedoch mittlerweile schon wieder davon abgekommen. Noch vor kurzer Zeit schien auch dort „austerity“ alternativlos. 2013 titelte die Financial Times „Osborne wins the battle on austerity“ und verkündete, dass die politische Auseinandersetzung um den Sparkurs ein für alle mal zugunsten des, als Spardogmatikers bekannten,

britischen Finanzministers George Osborne entschieden worden sei. Heute ist George Osborne nicht einmal mehr Mitglied der Regierung. Schon vor den letzten Wahlen sahen sich die Konservativen gezwungen, in ihrem Wahlprogramm ihre harte wirtschaftsliberale Position immer weiter aufzuweichen. In der Wahl erlitten sie dann herbe Verluste und stattdessen befindet sich die Labour Party im Aufwind, die sich vor allem durch ihre radikale Opposition gegen die Sparpolitik definiert hat. Auch innerhalb der Partei wurde dieser Kurs heftig kritisiert und Jeremy Corbyn, mit seinen Vorstellungen vom Wohlfahrtsstaat und gesellschaftlichem Fortschritt, als politisch naiver Träumer dargestellt. Heute ist er der unumstrittene Anführer der Partei und möglicherweise der nächste Premierminister. Was ich damit sagen will, ist, dass in einer Demokratie eine politische Auseinandersetzung nie ein für alle Mal erledigt ist. Wenn Ihnen also die Sparpolitik nicht gefällt, dann kann ich Ihnen nur mit Rückblick auf den gestrigen Tag, den Reformationstag, raten: Protestieren Sie. Aus historischer Sicht hat man damit erstaunlich häufig Erfolg.